

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Höferm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rotestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltenen Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **420 000** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Der Kampf um das Wahlrecht.

In der Thronrede von 1908 erklärte der König von Preußen: Mit dem Erlaß der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung des Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.

Als diese feierlichen Worte erklangen, war der heutige Reichslanzler und preussische Ministerpräsident noch Staatssekretär des Reichsamts des Innern, zugleich aber auch Mitglied des preussischen Ministeriums, dem er vorher als Minister des Innern aktiv angehört hatte. Neben dem Namen des verstorbenen Fürsten v. Bülow steht auch seiner unter der Urkunde. Man kann also nicht behaupten, Bethmann Hollweg habe eine Erbschaft von seinem Vorgänger übernommen, bei der ihm die Rechtswohlthat der Ablehnungsmöglichkeit versagt worden wäre. Wenn er die Ueberzeugung gehabt hätte, daß die organische Weiterentwicklung des preussischen Wahlrechts überhaupt oder wenigstens zurzeit unumgänglich oder schädlich sei, dann hätte er im Jahre 1908 gegen die Ausführungen der Thronrede Protest einlegen und — falls er damit nicht durchbrang — sein Amt dem König zur Verfügung stellen müssen. Das hat er nicht getan. Also hatte auch er direkt die Verpflichtung, nach dem Abgang des Fürsten Bülow das feierliche Versprechen zu erfüllen. Daß er dazu keinen ernsthaften Versuch gemacht hat, vielmehr von Anfang an darauf ausgegangen ist, unter dem Schein einer Reform die Reform des preussischen Wahlrechts unmöglich zu machen, das ist ein Vorwurf, der ihn als Mensch und als Staatsmann gleichermaßen trifft und den er niemals von sich wird abwachen können. Mit Herrn Bethmann Hollweg sind wir fertig. Ein Mann soll zu seinem Worte stehen — der Reichslanzler hat diese erste Pflicht des Mannes versäumt.

Die Wahlrechtsreform, die am 27. Mai 1910 damit abschloß, daß der preussische Ministerpräsident seine Vorlage im Abgeordnetenhaus bei der achten Beratung zurückzog, weil er die weitere Verhandlung als aussichtslos betrachtete, ist ein neuer Beweis für die barbarische Rücksichtigkeit der preussischen Verhältnisse. Es geht nicht um rechten Dingen zu, daß eine ganz kleine Minderheit der Bevölkerung das Recht der Herrschaft in ihren Händen hat, es geht nicht um rechten Dingen zu, daß sie sich auch weiterhin an dieser Herrschaft halten kann. Das ganze preussische Staatsleben ist auf dem Boden des Unrechts aufgebaut: es ist eine Lüge, daß Preußen eine Volksherrschaft habe, es ist ein Betrug, daß jeder Staatsbürger eine Wahlstimme habe, denn nur die Stimme einer kleinen bevorrechteten Minderheit wird gehört und gehört. Einzig und allein der Umstand, daß gerade in der Zeit der lebhaftesten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sich neben und über Preußen ein anderes staatliches Gebilde — das Deutsche Reich — mit einem demokratischen Wahlrecht erhob, hat diesen schmachvollen Zustand dem preussischen Volk noch eine gewisse Zeit lang erträglich erscheinen lassen; aber jetzt ist es zum Bewußtsein der Wichtigkeit einer Neuordnung der preussischen Dinge gekommen, jetzt ist das Proletariat in langen Kämpfen erstarkt und in sich gefestigt, jetzt ist das lebendige Gefühl von der Unmöglichkeit der verrotteten Junker- und Gutsbesitzerherrschaft erwacht, jetzt ist das aufgestauchene Wahlrecht weinendiger Staatsbürger nicht mehr haltbar!

Wenn ernste Männer voll sittlicher Kraft und Gewissenhaftigkeit, Männer, die ihre Augen nicht vor den Notwendigkeiten unserer Zeit verschließen, an eine Aenderung des preussischen Wahlrechts mit Entschlossenheit herantreten, dann ist sie im Handumdrehen gemacht. Das ganze Gerübel von der Schwierigkeit des Unternehmens, von der gewaltigen Arbeit und der langen Zeit, die es erfordert, ist nichts als ein hundsgemeiner Schwundel. Wenn heute das preussische Abgeordnetenhaus aufgelöst wird und der Befehl an die Staatsbeamten, besonders die Landräte ergeht, bei den Neuwahlen die verfassungsmäßige Neutralität zu wahren, dann brauchen sich die Freunde des Reichstagswahlrechts nur zu einer leicht zu findenden taktischen Veränderung die Hand zu reichen, um die konservativ-kerikale Mehrheit hinwegzuführen, dann ist selbst unter dem Dreiklassenwahlrecht, mit der konservativen Herrschaftlichkeit Schluß, die sich nur durch die brutale Vergewaltigung der abhängigen Wählermassen hält, ihr Dasein nur dem Umstand zu danken hat, daß jeder preussische Landrat ein rücksichtsloser konservativer Wahlgänger ist. Von der Wirtschaft hierher eslen Herren in den Gefilden Kommerns und Schlesiens und Preußens macht man sich anderwärts keine Vorstellung. Und wenn die Ministerkammer des preussischen Herrenhauses nach der Vernichtung der heutigen reaktionären Mehrheit des Abgeordnetenhauses Epäne machen wollte, da kann die Regierung durch die Ernennung von ein paar Dutzend liberalen Mitgliedern, die ihr jederzeit freisteht, nachhelfen. Mit dieser Schutztruppe des Rücktritts — der Empfindsamkeit behauptet, die Schichten, aus denen sie sich rekrutiert, seien wegen hohen Abels zum Teil des Lesens und Schreibens unkundig — ist verhältnismäßig leicht fertig zu werden.

Also wir wiederholen: eine ernste Persönlichkeit voll sittlicher Kraft mit einem werten Blick findet keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bei der Reform des preussischen Wahlrechts. Ja, es bedarf

zur Reform nicht einmal einer Persönlichkeit von weltgeschichtlichem Format; schon ein geschickter Kalkül kann die Aufgabe lösen, indem er seine Pläne in einzelnen Stappen durchführt, vorausgesetzt natürlich, daß er den guten Willen zur Reform hat.

Bethmann Hollweg, dessen unfeine und in ihrer Eigenart aufbringliche Art der Pose eine kurze Weile auch erfahrene Politiker gestört hat, längt als wir ihn schon richtig gekennzeichnet hatten, hat nicht das Verantwortlichkeitsgefühl des großen Staatsmannes, der mit rascher und fester Hand ein jahrzehntelanges untragliches Unrecht gutzumachen entschlossen ist und das Unrecht beseitigen will, eben weil es Unrecht ist; er hat aber auch nicht einmal den einfachen schlichten guten Willen zu einer Reform, der in Verbindung mit dem primitivsten taktischen Geschick für seine Aufgabe genügen würde. Er ist auch nichts anderes als ein Junkerrecht, nie etwas anderes gewesen. Es ist auch nicht wahr, daß er kulturbirter sei als irgend ein pommerischer Gutsbesitzer oder ein ostpreussischer Fuchsbrenner. Das ist noch lange keine Kultur, daß er den größeren Teil seines Lebens in der Schreibstube geessen hat, während der andere auf dem Felde seine Knechte verprügelte oder sich nachts in die Kammer der Mäde einmischte.

Aber Bethmann Hollweg ist auch nicht dumm genug, um nicht zu wissen, daß die von ihm vorgeschlagene Wahlrechtsreform scheitern muß. Im Gegenteil, wir glauben, daß sie darauf angelegt war. Wenn es sich so verhält, dann hätte der Mann jetzt keine Niederlage erlitten, sondern von seinem Standpunkt aus einen Triumph gefeiert. Man wird zu dieser Auffassung gedrängt, weil er auch nicht die mindeste Anstalt trifft, die Konsequenzen des Scheiterns seiner Vorlage zu ziehen. In vielen Zeitungen hat man ihm nahegelegt, daß er doch nunmehr schleunigst zu verschwinden habe, weil die bloße Verlängerung seiner Anwesenheit in seinem Amte schon eine heillose Kompromittierung der Staatsregierung bedeute. Aber er tut, als hätte er nicht gehört und verfährt als solche Maßnahmen nicht. Dabei lachen in der Tat die Sünder über ihn. Man vergegenwärtige sich doch auch nur einmal den Gang der Ereignisse, um zu erkennen, wie dieser langfristige Philosoph in Preußen regiert!

Das preussische Wahlrecht ist auf der nach der Größe des Gelds abgestuften Klassenenteilung der Wähler aufgebaut; es ist überdies ein öffentliches und indirektes Wahlrecht. Bethmann Hollweg schlug vor, das Wahlrecht direkt zu gestalten und die Klassenenteilung durch Aufstellung anderer Qualifikationen neben der Steuerleistung zu verändern. Das war ein niederträchtiges Stück, eine Verhöhnung des Volkes, eine schändliche Verbrechung des feierlich gegebenen Königswortes. Aber es wäre wenigstens technisch möglich gewesen, mit einem so geänderten „Wahlrecht“ zu operieren. Man begann die Arbeit der konservativ-kerikalen Verbündeten im Abgeordnetenhaus, die das indirekte Wahlrecht wieder herzustellen, das öffentliche herbeizuführen, nämlich die geheime Abstimmung auf die Urwahlbeschränkte, dazu die Bevorzugung der sogenannten Kulturträger nur für einen engen Kreis von Personen zuzulassen. Damit war das Dreiklassenwahlrecht in seinen schlimmsten Bestimmungen erhalten geblieben. So ging die Vorlage an das Herrenhaus, nachdem die Regierung in einer geradezu jammervollen Schwächlichkeit den schwarzblauen Vlod hatte treiben lassen, was er wollte, allerdings ohne sich endgültig auf die eine oder andere Form der Wahlrechtsänderung festzulegen. Wenn die Regierung den Wünschen des schwarzblauen Vlod zustimmte, dann war ihre Annahme auch im Herrenhaus gesichert; ebenso konnte die Regierung bei ihrer ursprünglichen Vorlage stehen bleiben und jede Aenderung ablehnen. Vielleicht hätte sie dafür im Herrenhaus eine Mehrheit durchgebracht und schließlich auch im Abgeordnetenhaus ihre Absichten durchzusetzen vermocht. Zwischen diese zwei Möglichkeiten gestellt, entschied sich Bethmann Hollweg mit der ihm eigenen Genialität für die dritte, nämlich weder nachzugeben, noch Widerstand zu leisten, sondern eine neue Schiebung zu versuchen. Die Freilistenaktivisten hatten ihm inzwischen eingeredet, daß er nicht mit der konservativ-kerikalen Clique allein in Preußen regieren könne und dürfe; er solle vielmehr die Sache so wenden, daß schließlich auch die Nationalliberalen und die Freilistenaktivisten zustimmen könnten, möglichst unter Ausschluß der Zentrumspartei. Diesen Plan billigte Bethmann Hollweg und beauftragte seine Getreuen, die entsprechenden Anträge im Herrenhaus zu stellen, die denn auch beschloffen wurden: vor allem sollte die Drittelung der Wähler nicht in Urwahlkreisen, sondern innerhalb von Bezirken mit 30 000 Einwohnern vorgenommen werden; damit war den reichen Leuten ein kolossales Ubergewicht verliehen worden. Sozialdemokratische Abgeordnete wären wohl überhaupt nicht mehr durchzuweisen gewesen und in Rheinland-Westfalen wäre die Herrschaft in den großen Städten aus den Händen des Zentrums dauernd an die Nationalliberalen übergegangen. Was war nun also erreicht? Die berühmte „Reform“ war nunmehr so gestaltet worden, daß sich der plakatartige Charakter des Dreiklassenwahlrechts noch außerordentlich verschärfte hätte, so verschärfte, daß überhaupt nicht ein einziger Vertreter der Arbeiterklasse Anspruch auf Wahl gehabt hätte. Organische Weiterbildung! Dieser niederträchtige Charakter der so gestalteten Reform, diese schamlose Verhöhnung der breiten Massen des Volkes waren es ganz gewiß nicht, die die Sache schließlich zum Scheitern gebracht haben. Es war vielmehr die Abneigung der Konservativen, mit einem so jammervollen Regierungskollegium zusammenzuarbeiten und sich durch die Wünsche eines rbeliebigen Bethmann Hollweg von ihren natürlichen Bundesgenossen, den Kerikalen, abdrängen zu lassen. Bethmann Hollweg mag töricht genug gewesen sein, sich eine Meile einzureden, er könnte die Konservativen von den Kerikalen trennen, die Nationalliberalen für sich einzufangen und so eine Blockschicht für sein Schwandwerk zu gewinnen. Da hat er sich aber gründlich geirrt. Die Konservativen leuchteten ihm in einer Weise beim, wie sie noch niemals mit einem preussischen Ministerpräsidenten ungewohnt sind. Sie hüteten sich zwar sehr, mit ausgebrochenen

Worten zu erklären, daß sie den Vlod mit dem Zentrum ausrechen erhalten wollten, aber sie verwarfen mit der größten sachlichen Energie alle Vorschläge, die das Herrenhaus in das Gesetz hineingearbeitet hatte, sicherten dadurch das Zentrum gegen die nationalliberalen Ueberfälle und zerstückelten die dreiste Fingel des untreuen Bethmann Hollweg.

Was nun? Der König ist durch das Versprechen, eine organische Weiterbildung des Wahlrechts in die Wege zu leiten, gebunden. Darauf geben wir nun nicht gerade allzuviel. Aber das Volk ist in Bewegung geraten und wird und kann nicht mehr zurück, sondern muß auf der Durchführung einer Wahlrechtsreform bestehen. Ob Bethmann Hollweg bleiben oder schließlich doch noch zurücktreten wird, ist nebensächlich. Die Regierung wird vermutlich für mehrere Jahre keine Luft wieder verschöpfen, eine neue Vorlage zu bringen, sondern wird sich hinter den schon früher charakterisierten Lebensarten verchanzen, das große Werk erfordert viel Zeit und Vorbereitung. Mit einer Verjüngung kann sich aber das rechtlose Volk nicht zufrieden geben, es muß sein ihm so lange vorenthaltenes Recht immer gebeterischer fordern. Die Bewegung zur Erlangung eines demokratischen Wahlrechts darf deshalb nicht nur nicht abflauen, sondern sie muß gesteigert, die Aufklärung über das schmachvolle Treiben der Feinde einer wirklichen Wahlrechtsreform muß in immer weitere Kreise getragen werden. Es gilt, den Einfluß der Volksherrscher zu brechen, um Raum zu schaffen für eine gründliche Reform, Raum zu schaffen für das Entstehen einer wirklichen Kultur in dem kraft seiner Größe zwar „führenden“, tatsächlich aber rückständigsten Staate Deutschlands.

Wirtschaftliche Rundschau.

Während die Lage der Eisenmärkte recht ungemütlich ist, hat die Börspenspekulation neuerdings den Aktien der großen Eisenwerke starkes Interesse entgegengebracht und die Kurse erheblich gesteigert. Erklärt wird dieser Widerpruch damit, daß die Ergebnisse der führenden Montanunternehmungen gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt vorherrschende Stagnation im Reich begriffen sei. Besondere Bedeutung der Eisenmärkte wird von einer lebhafteren Tätigkeit der amerikanischen Eisenindustrie erwartet, für die mannigfache Anzeichen vorliegen sollen. Bisher aber lauten die Berichte vor allem über die europäischen Eisenmärkte wenig ermutlich, Belgien letzte für verschiedene Erzeugnisse die Preise von neuem herab, auch der Deutsche Stahlwerksverband hat vor kurzem eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung um 5 % für die Tonne beschlossen, eine Maßnahme, die den sehr ausgeprägten Wettbewerb auf dem Weltmarkt befördert. Zurückhaltend klingt auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftslage erstattete. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwert Hoersch die Preise der Stabeisenkonvention wesentlich unterboten hat, es hieß, daß es Stabeisen mit 107 % anbiete, obwohl die Stabeisenkonvention 110 bis 112 % ergab. Wie sich später herausstellte, war jedoch die Unterbietung in Wirklichkeit nicht so bedeutend, denn die Preise des Stahlwerks Hoersch verstehen sich im Gegensatz zu den Konventionspreisen netto Kasse und ohne Skontovergütung, außerdem soll die Frachtkasse Normund des Stahlwerks Hoersch für die meisten Käufer etwas ungünstiger sein als die Frachtkasse Oberhausen der Stabeisenkonvention. Weiterhin wurde der mögliche Einbruch, den die Unterbietungen hervorriefen, gänzlich durch die Erklärung aufgehoben, das Stahlwert Hoersch, das der Stabeisenkonvention bisher ferngeblieben war, habe sich zu den billigeren Offerten nur entschlossen, um auf die Stabeisenkonvention einen Druck zugunsten seiner Vor schläge auszuüben, die dahin gehen, an Stelle der nur losen Stabeisenkonvention ein festes Stabeisenhandbillet zu bilden. Dunkel ist allerdings, wie ein festes Stabeisenhandbillet zustande kommen soll. Es könnte sich wohl nur daran handeln, die „gemischten“ Werke zu vereinnamen; wenn auch die „reinen“ Werke hinzugenommen werden sollten, müßten ihnen von den „gemischten“ Werken, ihren Lieferanten für Halbzeug, zugleich bestimmte Halbzeugpreise garantiert werden, denn für die „reinen“ Werke ist an sich mit hohen Stabeisenpreisen noch nichts erreicht, weil sie damit rechnen müssen, daß die Forderungen für Halbzeug entsprechend gesteigert werden würden. Nun ist es aber wenig wahrscheinlich, daß die „gemischten“ Werke sich den „reinen“ Werken gegenüber zu einer ausserordentlichen Spannung zwischen Halbzeug- und Stabeisenpreisen verpflichten würden, da mit einer derartigen Festlegung ihrem Vertriebskampf gegen die „reinen“ Werke die Spitze abgebrochen wäre.

Daß ein Entgegenkommen der „gemischten“ Werke an die Interessen der „reinen“ Werke nicht in Frage kommt, beweist die Kundgebung einer Erhöhung der Kokspreise um 2 % für die Tonne durch das Kokslenhandbillet. Diese geplante außerordentlich starke Preissteigerung wurde durch das Deutsche Telegraphenbureau gemeldet, sie war so auffallend, daß selbst die Rheinisch-Westfälische Zeitung daran nicht glauben wollte. Das Blatt schrieb: „Bis zum 16. Juli (nach der Wälfischen Meldung wird an diesem Tage die Verabsichtigung des Syndikats die Erhöhung beschließen) ist's noch lange hin und man würde bei der Bezeichnung der Richtigkeit beziehungsweise Zweckmäßigkeit einer Kokspreis-erhöhung ab Ober zunächst abwarten müssen, wie sich Mitte Juli die heute immer noch unklare Lage der Eisenindustrie darstellt. Nur davon wird man angefaßt der großen Koksleger solche wichtige Maßnahmen abhängig machen dürfen.“ Das Syndikat selbst hat sich auch auf direkte Anfrage über die Richtigkeit der Wälfischen Meldung nicht geäußert, es ist anzunehmen, daß die Preissteigerung um 2 % für die Tonne projektiert ist. Früher betragen die Preissteigerungen für Koks meist 1 % oder nur 1/2 %, eine Erigerung von 2 % unter den jetzt herrschenden Verhältnissen würde eine starke Belastung

Stärkung dieses Fonds erhöhten Extrabeitrag von 4 Schilling zu...

Die Rasse der Amalgamated Society of Engineers ist also von...

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908.

Etwas zeitiger als in den Vorjahren konnte der internationale...

Nicht nur Deutschland, sondern auch viele andere industrielle...

Die absoluten Mitgliederzahlen sind nicht als Maßstab für die...

Von den Einzelberichten der Länder hat der aus England...

Verbesserung der Kanäle, Schiffsfahrwege, Häfen und Straßen. Ein...

Aus Frankreich wird über eine starke Fortentwicklung der...

In den Niederlanden entfallen Partei und Gewerkschaft eine...

In Dänemark richteten die Gewerkschaften einen größeren...

Schweden hatte ein Jahr der Kämpfe zu verzeichnen, in...

In Norwegen dauern die Fortschritte, die die Bewegung...

Aus Finnland wird berichtet, daß der kleine Mitglieder...

In Nachbarland Oesterreich, das auch von der Krise...

Sosnien und Herzegowina berichten zum erstenmal...

Aus Ungarn hören wir von noch schärferen reaktionären...

Roumanien, Serbien und Bulgarien zeigen noch das Bild...

Die Schweiz mit ihrer großen Exportindustrie mußte natur...

In Spanien hat die Entwicklung der Zentralverbände immer...

Italien zeigt einen Aufschwung der Arbeiterbewegung, die...

Der Schluss bildet der Bericht von den Vereinigten...

Ausperrung in der Bielefelder Metallindustrie.

Es ist die zweite Ausperrung, die den Arbeitern der Bielefelder...

Diese Erscheinung, daß die Ausperrungsandrohungen selbst...

Da ist es dem kein Wunder, daß die Arbeiterchaft bei diesen...

So stand die Bewegung der Ringklingensbaur durchaus gün...

In der am 19. Mai 1910 in der Handelskammer stattgehabten...

Während die Bürgerchaft anfänglich glaubte, daß es die Fa...

- 1. Am Dienstag den 24. Mai, morgens, die ganze Maschinenabteilung...
2. Am Dienstag den 31. Mai, morgens, den gesamten Betrieb...
3. Am Dienstag den 7. Juni, morgens, sämtliche Betriebe...
4. Am Dienstag den 14. Juni, morgens, sämtliche dem Arbeiterverband...
5. Am Dienstag den 21. Juni, morgens, sämtliche dem Arbeiterverband...
6. Am Dienstag den 28. Juni, morgens, sämtliche dem Arbeiterverband...

verbunden ist also schon im gewöhnlichen Sinne ein Industrieverband. Sollen nun diese Kollegen abgeben werden? Die einzige Lösung sei die Verschmelzung. Die Zahl der im Metallarbeiter-Verband organisierten Schmiede betrage von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1904 waren es 8000, Ende 1909 aber rund 20000, während der Schmiedeverband nur 15 099 Mitglieder habe. Das ist ein Zustand, daß es ein Frevel wäre, wenn er hochgehalten würde. Man habe bei anderen Organisationen gesehen, daß sie sich zusammenschließen, obwohl sie nicht die Berufsverbandschaft verbindet, die zwischen den Schmieden und den Metallarbeitern bestehe. Was stehe der Verschmelzung unserer Organisation mit dem Metallarbeiter-Verband im Wege? Das Statut und die Unterstützungsbedingungen seien so ziemlich die gleichen. Wenn aber selbst größere Verschiedenheiten vorlägen, dann wäre dies kein Hindernis. Es könne aber doch nicht verlangt werden, daß die Schmiede im Metallarbeiter-Verband eine selbständige Organisation bilden. Das könne der Metallarbeiter-Verband auf keinen Fall machen. Den einzelnen Branchen im Metallarbeiter-Verband sei viel freier Spielraum gegeben. Und diese Rechte hätten auch die Schmiede. Allerdings, beim Zentralvorstand des Metallarbeiter-Verbandes müßte eine Stelle eingesetzt werden, die sich im besonderen mit den Berufsangelegenheiten der Schmiede zu befassen hätte; aber so, wie es der Vorstand wolle, dem könne man nicht zustimmen. Die Schmiede könnten keinen Staat im Staat bilden. Die straffe, zentralistische Form müsse gehalten werden. Die Organisationen, die im Laufe der Zeit zum Metallarbeiter-Verband übergetreten seien, hätten damit nur gute Erfahrungen gemacht; die Zahl der Organisierten dieser Berufskategorien habe zugenommen. Es sei auch zu bedenken, daß, wenn die Verschmelzung nicht zustande käme, ein großer Teil der Kollegen diesen Weg selbst gehe. Die Einigkeit und Geschlossenheit sei aber noch nie so notwendig gewesen wie jetzt. Die Kollegen müßten dies beachten und ihre Bestrebungen danach richten. (Beifall.)

Eiering unterbreitete eine Resolution, worin es zum Schluß heißt:

- In Ermöglichung dieser Gründe, insbesondere, daß diese Verschmelzung nur durch einen Anschluß unserer Organisation an den Deutschen Metallarbeiter-Verband befeitigt werden kann, beschließt die 12. ordentliche Generalversammlung:
1. den Mitgliedern den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu empfehlen;
 2. der erweiterte Vorstand wird beauftragt, nochmals mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Verbindung zu treten, um die endgültigen Uebertrittsbedingungen festzusetzen;
 3. daß über diese Uebertrittsbedingungen eine Urabstimmung mit einfacher Majorität entscheiden soll.

Diese Urabstimmung ist unbedinglich in die Wege zu leiten. Sollte die Urabstimmung eine Mehrheit für die Verschmelzung ergeben, dann gilt damit der Uebertritt als vollzogen. Der offizielle Tag des Uebertritts ist durch die beiderseitigen Zentralvorstände zu vereinbaren.

Der Korreferent, der zweite Vorsitzende des Verbandes, Kamps (Hamburg), sagte, der Metallarbeiter-Verband habe bisher rückwärts die Berufsangehörigen anderer Organisationen zu sich herangezogen. Er habe sich sehr wenig um die diesbezüglichen Entscheidungen des Gewerkschaftslongesies gekümmert. Es sei daher nicht verwunderlich, wenn er viele Mitglieder von Berufs, für die eine selbständige Organisation besteht, in seinen Reihen hat. Wenn an die Verschmelzungsfrage herangetreten werden sollte, dann müsse vor allen Dingen ein gesunder Boden geschaffen werden, daß die Reideren, wie sie in den letzten Jahren vorkamen, aufhören. Es müßte zuerst eine Unterlage geschaffen werden, die eine Annäherung möglich mache. Wir sollten dem Gange der Entwicklung nicht vorgreifen, sondern sie in ruhige Bahnen lenken. Für eine Berufsorganisation seien die Kollegen viel leichter zu haben als für den Industrieverband. Für die Rekrutierung sei die Berufsorganisation nötig. Die Schmiede verschwinden im Industrieverband. — Bei der Konferenz seien die Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes mit Vorschlägen gekommen, die in weiter nichts gewesen seien als ein Zusatz aus dem Statut. Das Verhalten des Vorstandes vom Metallarbeiter-Verband bedeute, daß man den Schmieden keine Rechnung tragen wolle. Es bleibe nichts anderes übrig, als die Vorschläge des Metallarbeiter-Verbandes abzulehnen. Eine Urabstimmung über das Angebot des Metallarbeiter-Verbandes habe keinen Zweck. Er sei kein Gegner der Einheitsorganisation, sondern trete für die vom Vorstand auf der Konferenz gemachten Vorschläge ein. Der Metallarbeiter-Verband müsse zeigen, daß er bereit sei, einen guten Boden für die Verschmelzung zu schaffen. Der Metallarbeiter-Verband wolle von einer starken Organisation nicht ablassen, aber die Industrieverbände seien in dieser starken Weise nicht mehr zeitgemäß und es gehe auch im Metallarbeiter-Verband das Streben dahin, eine freiere Bewegung für die einzelnen Berufe zu schaffen. Da solle der Metallarbeiter-Verband sehen, daß nach dieser Richtung etwas getan wird, und andere Formen schaffen, die diesen Wünschen Rechnung tragen. Sollten die Schmiede auf ihre Selbstständigkeit ganz verzichten, ohne ein Äquivalent einzulösen? Das wäre ja Selbstmord. Die Angaben des Metallarbeiter-Verbandes über die bei ihm organisierten Schmiede könnten nicht zur Grundlage gemacht werden, denn sie hätten in einigen Orten gefunden, daß sie nicht stimmen. Der Metallarbeiter-Verband habe vor allen Dingen dahin zu wirken, daß die gegenseitigen Reideren aufhören, das Trennende beseitigt und ein gesunder Boden zur Verständigung geschaffen werde. (Beifall.)

Kamps schlug folgende Resolution vor:

„Die zwölfte Generalversammlung des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen ist mit dem Resultat, das die Verhandlungen der Vorstände des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Schmiedeverbandes gezeigt haben, nicht einverstanden. Die Vorschläge des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind nicht als ein Ergebnis einer Verhandlung zu betrachten, welches ein Entgegenkommen etwacig gestellter Wünsche erkennen läßt. Die Vorschläge sind, soweit dieselben für die Mitglieder in Frage kommen — also in ihrem wichtigsten Teil — lediglich ein Auszug aus dem Statut des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, worüber nicht erst verhandelt werden braucht, die für jedes Einzelmitglied bei einem Uebertritt in Betracht kommen müssen.“

Die Generalversammlung erklärt es deshalb für zwecklos, auf diese Vorschläge einzugehen und lehnt dieselben ab, weil in der vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes getwollten Form keine gesunde Entwicklung für die Einheitsorganisation zu erwarten ist.

Die Generalversammlung erwartet den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, daß er auf Grund des Vorschlages des Vorstandes unseres Verbandes vom 21. September 1909 die nötigen Schritte unternimmt, der Einheitsorganisation den Weg vorzubereiten.

Die Debatte über die Verschmelzung wurde am 21. September 1909 die erste Sitzung des Vorstandes eröffnet. Es kamen 50 Redner zum Wort, die energisch ihre Ansicht vertraten und um das Für und Wider stritten. Daß von den Gegnern einer Verschmelzung auch Ausfälle gegen unsern Verband und einzelne seiner Beamten gemacht wurden, ist weiter nicht verwunderlich. So mancher „faßliche Jugenschlag“ kam vor. Wir wollen aber diese Seitenhiebe auf unseren Verband nicht tragisch nehmen und nicht noch besonders hervorheben, zumal weil die Debatte sonst allgemach verständig gelassen war. Prinzipieller Gegner einer Verschmelzung war eigentlich niemand. Im wesentlichen waren es nur die Uebertrittsbedingungen, wo größere Gegensätze bestanden. Die Forderung des Vorstandes, daß die Schmiede bei einer Verschmelzung im Metallarbeiter-Verband eine besondere Gruppe mit selbständiger Leitung und eigenen Verwaltungsrecht bilden, wurde wohl von einer Reihe Delegierter bestritten, aber auch ebenso heftig als unerfüllbare Forderung bekämpft. Bezeichnend ist, daß Delegierte, die vor zwei Jahren sich gegen eine Verschmelzung erklärten, nun für den Zusammenschluß eintreten. Für die Verschmelzung plädierten besonders die Delegierten von Berlin, Hamburg und — mit einer Ausnahme — vom Rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die besonders auf das Riesen-

kapital der dortigen Großindustrie hinwiesen, dem ein starker, geeinter Verband gegenüberstehen müsse. Die Süddeutschen, mit Ausnahme der Münchener — die eine Mittellinie suchten —, wollen die Berufsorganisation aufrechterhalten oder nur zu dem vom Verbandsvorstand aufgestellten Bedingungen übertreten. Zu Beginn der Debatte brachte Schmidt (Mannheim) eine Resolution ein, die über die Vorschläge des Vorstandes des Schmiedeverbandes zum Uebertritt eine Urabstimmung verlangte. Der Vorschlag sollte als angenommen gelten, wenn zwei Drittel der Mitglieder — nicht der Abstimmenden — sich für ihn erklärten. Dieser Resolution stimmten die Verschmelzungsgegner sämtlich zu, während sie von der anderen Seite als unannehmbar bezeichnet wurde. Gauweiler (München) unterbreitete im Laufe der Debatte eine Vermittlungsresolution, die aber von den Verschmelzungsgegnern zurückgewiesen wurde. Hervorzuheben ist aus der Debatte noch, daß mehrere Redner betonten: Komme es jetzt zu keiner Verständigung, dann sei zu befürchten, daß eine große Zahl Mitglieder, ohne den eventuellen späteren Uebertritt des Gesamtverbandes abzuwarten, zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übertreten.

Bemerkenswert sind die Ausführungen des Vertreters der Generalkommission. Er wies auf die Resolution des Hamburger Gewerkschaftslongesies in der Grenzstreitigkeitsfrage hin, in der ausgesprochen wird, daß die Entwicklung sich in der Richtung zum Zusammenschluß zu großen Verbänden bewegt. Er betonte dann, die Generalkommission habe immer in dieser Frage möglichst große Neutralität gewahrt. Sie greife nicht ein, wenn es nicht notwendig sei. Er wolle daher auch die Generalversammlung nicht beeinflussen, diesen oder jenen Weg zu gehen, sondern nur die Ansicht wiedergeben, die er als Außenstehender durch die Debatte gewonnen habe. Da müsse er sagen, daß der Zustand, daß die Schmiede in zwei Verbänden organisiert sind, nicht erstrebenswert ist. All die Differenzen, die zwischen beiden Verbänden entstanden seien, hätten darin ihre Ursachen. Wenn dieser Zustand beseitigt werde, wäre dies zweifellos für die Schmiede ein Vorteil. Die Position des Schmiedeverbandes sei durch die Entwicklung der Verhältnisse ungünstiger und die Zahl der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Schmiede von Jahr zu Jahr größer geworden. Die Ursachen hierfür seien in den Verhältnissen in der Metallindustrie begründet. Aus diesen Gründen werde es auch für den Schmiedeverband für die Zukunft schwer werden, seine Position zu wahren. Er werde immer mehr mit der Tatsache zu rechnen haben, daß ein Teil seiner Berufsangehörigen nach und nach zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übergeht. Von den vorliegenden Resolutionen werde wohl keine eine große Mehrheit bekommen. Es müsse aber versucht werden, einen möglichst einmütigen Beschluß zu erzielen. Im Prinzip seien ja alle für die Verschmelzung, und da müsse sich auch ein Weg der Verständigung finden. Vielleicht sei es gut, wenn die vorliegenden Resolutionen einer Kommission überwiesen würden, die dann einen Vorschlag mache, der befriedigend sei.

Kollege Reichel antwortete auf eine Reihe von Vorwürfen, die gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband gemacht worden waren. Er betrachtete es als einen erfreulichen Fortschritt, daß es heute nicht mehr hieße, nur der Schmied könne den Schmied organisieren. Es sei anerkannt worden, daß auch eine andere Organisation die Interessen der Schmiede wahren kann. Wenn gesagt werde, die angegebene Zahl der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Schmiede stimme nicht, so wolle er diesem nicht an und für sich, sondern nur der Tendenz, die in dieser Behauptung liege, widersprechen. Die Redner hätten sagen müssen, daß in ihrer Organisation derselbe Zustand, vielleicht in noch höherem Maße als bei den Metallarbeitern vorhanden ist. Sie wüßten ja, wie stark das Stüber- und Herüberlaufen von einem Berufe zum andern bei unseren Kollegen sei. Diese Tatsache hätte keine Veranlassung geben dürfen, die von einer Organisation aufgestellten Zahlen zu bezweifeln. Dann sei gesagt worden, da und dort wäre für diese oder jene Branche nichts getan oder wäre für sie nicht viel erzielt worden. Er könne nicht auf dies alles eingehen, meine aber, bei dieser wichtigen Frage sollten alle Kleinlichen Gesichtspunkte beiseite gelassen werden, da sie die Hauptfrage nicht beeinflussten. Der Standpunkt vom Kamp, der keine straffe Zentralisation wolle, entbehre der genügenden Begründung. Ihm sei davon nichts bekannt, daß bei uns eine weniger straffe Organisation verlangt werde. Unsere Generalversammlung hat sich einstimmig für Aufrechterhaltung der straffen Organisation erklärt. Nun sei auch gesagt worden, wir hätten die Verhandlungen hinausgeschoben. Wir wollten zuerst einmal abwarten, bis im Schmiedeverband Ruhe eingetreten sei. Dann kamen noch verschiedene Sachen dazwischen, die die Verhandlungen hinausgeschoben. Es wurde auch der Vorwurf erhoben, wir hätten unsere Generalversammlung über die Verhandlungen nicht unterrichtet. Das ist nicht richtig. Wir haben darüber im Jahrbuch jährlichen Bericht erstattet. Allerdings wurde auf der Generalversammlung nicht besonders darauf eingegangen. Ich glaube, unser Vorstand wird gern bereit sein, die Sache unserer nächsten Generalversammlung vorzulegen. Es besteht aber kaum Aussicht, daß unsere Generalversammlung über die von uns gemachten Vorschläge noch hinausgeht. Unser Vorstand konnte nicht anders, als auf Grund des Statutes Vorschläge machen.

Nach den Schlussworten des Referenten setzte eine längere Geschäftsordnungsdebatte bezüglich der Abstimmung ein. Schließlich wurde eine siebenköpfige Kommission, der drei Verschmelzungsgegner angehörten, eingesetzt. Der Kommission wurden die vorliegenden Resolutionen überwiesen. Sie sollte Richtlinien ausarbeiten, auf denen eine Verständigung möglich ist.

In einer der nächsten Sitzungen erstattete die Kommission dann Bericht. Sie schlug folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die 12. Generalversammlung nimmt Stellung zu den Vorschlägen des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und erklärt, diesen Vorschlägen nicht zustimmen zu können. Dagegen erklärt sich die Generalversammlung im Prinzip für eine Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, um dem Bestreben zur Schaffung einer Einheitsorganisation Rechnung zu tragen.“

Der Zentralvorstand in Verbindung mit dem Vorsitzenden des Ausschusses werden ermächtigt, mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in erneute Verhandlungen einzutreten. Die Generalversammlung erwartet, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei diesen Verhandlungen der besonderen Lage der Schmiede durch Einräumung besonderer Rechte Rechnung tragen wird.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist zunächst der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vorzulegen. Hat diese ihre Zustimmung zu den Vereinbarungen gegeben, wird das Ergebnis den Mitgliedern des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen zu einer Urabstimmung vorgelegt.

Die Vereinbarung gilt als angenommen, wenn die Mitgliederzahl mit Dreifünftelmajorität derselben zustimmt.

Ist die Verschmelzung durch die Urabstimmung beschließen, so sind die endgültigen Formalitäten durch einen außerordentlichen Verbandstag zu erledigen.

Apennorn. Kamps. Kruse. Wehler. Samerer. Schmidt. Eiering.

Bei der Abstimmung wurden zunächst die Anträge, die eine Verschmelzung auf Grund der Vorschläge des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verlangten, mit 20 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Die Resolution der Kommission wurde dann mit 30 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, angenommen. Damit war die Verschmelzungsfrage erledigt.

Am vierten Verhandlungstage gab Redakteur Biechmann den Bericht der Redaktion. Westmann verteidigte die Haltung der Schmiedezitung zum Streikwestfälischen Mannheimer. Was er geschrieben habe, glaube er im Interesse des Verbandes tun zu müssen. Der Berichterstatter der Preßkommission, Behnke (Hamburg), betonte, daß die Kommission im allgemeinen mit der Haltung des Verbandes einverstanden gewesen sei, aber nicht mit dem, was der Redakteur über den Streik im Streikwestfälischen geschrieben habe. In nicht weniger als zehn Nummern der Schmiede-Zeitung sei zu diesem

Streik Stellung genommen und die Haltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes kritisiert worden. Das ist des Guten zuviel gewesen.

In der Debatte über den Reaktionsbericht wurde die Haltung der Redaktion zum Streik im Streikwestfälischen Mannheimer als berechtigt anerkannt — besonders Schmidt (Mannheim) verteidigte die Artikel des Redakteurs —, teils auch kritisiert.

Zum Punkt „Gewerkschaftliche Taktik“ referierte kurz Verbandsvorsitzender Fr. Lange. Seine Ausführungen gipfeln in einer Resolution, die einstimmig Annahme fand und in der es heißt:

1. Die in München stattfindende 12. Generalversammlung erkennt aufs neue an, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen des gesamten Schmiedegewerbes einer dringenden Verbesserung bedürfen. Da aber den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen auf Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft seitens des organisierten Unternehmers der größte Widerstand entgegensteht, ist es eine dringende Notwendigkeit — den bisherigen Grundfäden unseres Verbandes folgend —, mehr als bisher durch gute Disziplin in unseren Reihen die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft im Schmiedegewerbe zur Geltung zu bringen.
2. Tatsächliche Regelungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch korporative Verträge der beiderseitigen Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber sind empfehlenswert und für unser Gewerbe als durchführbar anzusehen. Da aber vielfach der Wille der Arbeiter infolge Ueberlegenheit der wirtschaftlichen Stellung der Arbeitgeber nicht in vollem Maße Berücksichtigung findet und dadurch Bestimmungen in den Verträgen Aufnahme finden, welche auf eine freie, reelle Vereinbarung keinen Anspruch erheben können, so ist darauf hinzuwirken, nur kurzfristige Verträge abzuschließen, damit Verbesserungen an diesen nicht auf längere Zeit untrennbar werden können.
3. Die Dauer der Arbeitszeit ist wegen der schweren physischen Arbeit zu verkürzen und auf 8 Stunden herabzusetzen.
4. Die Arbeitergehälterbestimmungen der Gewerbeordnung reichen nicht aus, um wirksam das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Dies gilt besonders von der am 1. Januar 1910 in Kraft getretenen Verordnung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großindustrie. Diese Verordnung ist nicht geeignet, eine Befreiung oder Einschränkung der Ueberarbeit und Ueberstunden herbeizuführen. Auch die Werkstätten und Arbeitsräume in ihrer Beschaffenheit sind äußerst mangelhaft und ungenügend. Es fehlt hier ein Ersatz von reichs-gesetzlichen Vorschriften mit der Maßgabe, wo nach Zahl der beschäftigten Arbeiter ein ausreichender Zeitraum vorhanden sein muß. Andererseits muß auch Sorge getroffen werden, daß Staub, Rauch und verbotene Luft entfernt werden.
5. Desgleichen ist zu fordern: Heranziehung von sachkundigen Arbeitern zur Ueberwachung der Arbeitergehälterbestimmungen und Unfallverhütungen.
6. Ausgehend von diesem Grundsatze, beschließt die Generalversammlung, durch gewerkschaftliche Eingaben an Behörden und Parlamente zc. dahin wirken zu wollen, daß bessere moderne Verhältnisse geschaffen werden.

Zur Mitarbeiterfrage sprach ebenfalls Fr. Lange. Er begründete folgende Resolution, die auch Annahme fand:

1. Als Grundlage der Mitarbeiter gelten die Beschlüsse der Parteitage und Gewerkschaftslongesies. Da nun Parteivorstand und Generalkommission ihrem Auftrag gemäß eine Regelung getroffen haben, wonach die Form der Feier und damit in Verbindung stehende Unterstützungen geregelt ist, beschließt die Generalversammlung, die Anordnungen des Parteivorstandes und der Generalkommission als maßgebend anzuerkennen.
2. Die Beschlüsse über die Mitarbeiter, welche auf den früheren Generalversammlungen gefaßt wurden, werden hiermit aufgehoben.

Ueber die Revision des Verbandsstatuts referierte Kamps (Hamburg). Eine Stärkung der Kampfbereitschaft sei unbedingt nötig. Man gehe Kampfen entgegen und diesen stärke der Verband nur dann gewappnet gegenüber, wenn ein größerer Kampffonds geschaffen werde. Der Vorstand schlage vor, die Beiträge um 5 % zu erhöhen und eine kleine Einschränkung der Kranken- und Unzulage unter Umständen vorzunehmen. Die Bezugsbauer solle bei sämtlichen Unterstützungen nur 60 Tage betragen.

In der sich hier anschließenden Debatte traten einzelne Redner für die Beitragserhöhung ein, andere belächelten sie, da sie einen Mitgliederchwund befürchteten. Kassierer Schreiber schlug vor, den Beitrag um 10 % zu erhöhen und die Unterstützungsbedingungen in der jetzigen Form zu belassen. Beschlossen wurde, die Beiträge um 5 % zu erhöhen. Es betragen nun in der ersten Klasse 65 %, in der zweiten Klasse 45 % pro Woche. Für jugendliche und weibliche Mitglieder bleibt der Beitrag von 25 % wöchentlich.

Am Statut und den Reglements wurden eine Reihe von meist unwesentlichen Änderungen vorgenommen. Die örtlichen Vertretungsstellen bekommen künftig anstatt 25 nur 20 Prozent der Einnahmen für Eintrittsgelder und Beiträge. Abgelehnt wurde ein Antrag, daß die Generalversammlung anstatt alle zwei fünfzig alle drei Jahre stattfinden solle. Die Preßkommission wurde aufgehoben und deren Obliegenheiten dem Ausschuss übertragen. Bei der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wurde die Bezugsbauer auf 60 Unterstützungstage festgesetzt. Das bedeutet bei der Krankenunterstützung eine Einschränkung gegen die bisherigen Bestimmungen. Bei der Unzulageunterstützung wurden ebenfalls einige Änderungen vorgenommen.

Das neue Statut tritt am 1. Juli 1910 in Kraft.

Bei der Wahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt, ebenso der Redakteur und die Gauweiler. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Hamburg, der des Ausschusses in Berlin. Geschäftsführer des Ausschusses bleibt Basner.

Am Schluß der Tagung brachte Schelter (Bremen) eine Resolution ein, in der ausgesprochen wird, daß die Generalversammlung nun, da die Verschmelzung im Prinzip beschließen wurde, vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erwartet, daß er etwaig abgeleitete von Mitgliedern des Schmiedeverbandes bis zur endgültigen Regelung der Uebertrittsbedingungen zurückweist. Die Resolution beauftragt den Vorstand ferner, nach dieser Richtung hin mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Rücksprache zu nehmen. Die Resolution wurde angenommen.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Die nächste Generalversammlung soll 1912 in Düsseldorf stattfinden.

Auf der vorletzten Generalversammlung des Schmiedeverbandes waren nur fünf Delegierte für den Uebertritt. Daß die Zahl der Uebertrittsfreunde sich auf 14 vermehrt hat, also mit nur 5 Stimmen unter der Mehrheit geblieben ist, ist aber ein Zeichen dafür, daß der Verschmelzungsgebanke sich auch im Schmiedeverband nicht mehr erhalten läßt, daß die Verschmelzung nur noch eine Frage der Zeit ist. Um aber jede weitere Festpflasterung im Gewerkschaftswesen zu vermeiden, wäre es wünschenswert, daß der Schmiedeverband die Verschmelzung nicht nur mit großer Majorität, sondern einmütig beschlösse, damit Quertreibereien keinen Widerstand mehr finden. Aus der angenommenen Resolution geht hervor, daß im Schmiedeverband tatsächlich schon eine Mehrheit im Prinzip für den Anschluß ist. Man darf auch vermuten, daß die Resolution des Kollegen Eiering noch mehr Stimmen erhalten hätte, wenn nicht die Kompromißresolution der Kommission vorgelegen hätte.

Man wird ja nun abwarten müssen, was für neue Vorschläge gemacht werden. Eins möchten wir aber von vornherein festhalten wissen, und das ist folgendes: Im Deutschen Metallarbeiter-Verband müssen alle Branchen gleiche Rechte haben und alle Versuche, den Kollegen aus einer einzelnen Branche Vorrechte vor den Sündenböcken anderer Metallarbeiter zu verschaffen, sind unvereinbar mit den Prinzipien, auf denen der Deutsche Metallarbeiter-Verband aufgebaut ist.

